

Heidi Knake-Werner

Ich will am Beispiel der neoliberalen Politik zur Modernisierung des Arbeitsmarktes (in Deutschland verkürzt auf die sogenannten Hartz-Gesetze) strategische Einstiegspunkte für alternative Konzepte der Linken aufzeigen.

Die seit mehr als zwei Jahrzehnten anhaltende Massenarbeitslosigkeit markiert die unbestreitbar größte Niederlage der neoliberalen Ökonomie. Zwar hat es im Kapitalismus immer wieder Phasen mit massenhafter Arbeitsplatzvernichtung und großer Beschäftigungsprobleme gegeben, aber was wir heute auf dem Arbeitsmarkt erleben, ist eine Dauerkrise. Und schlimmer noch: Wachstumsraten in Größenordnungen, die eine Wiederherstellung der Vollbeschäftigung möglich machen würden, sind ökonomisch nicht mehr vorstellbar und ökologisch nicht mehr wünschbar.

In Deutschland fehlen zum Beispiel mehr als sieben Millionen Arbeitsplätze und selbst auf dem Scheitel eines wirtschaftlichen Aufschwungs, sinkt diese Zahl nicht unter sechs Millionen. Kein Vertreter der neoliberalen Angebotstheorie und kein Arbeitsmarktpolitiker der herrschenden Parteien wagt noch Beschäftigungsprognosen, die mindestens eine Halbierung des Arbeitsplatzdefizits in Aussicht stellen. Und selbst die vorhergesagten Beschäftigungseffekte der neoliberalen Strategie erschöpfen sich in der Ausweitung von Niedriglohnsektoren und Unterbeschäftigung. Die Arbeitslosen werden in prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt, doch die Massenarbeitslosigkeit bleibt.

Deshalb ist die Beantwortung der Beschäftigungsfrage die wichtigste, aber auch schwerste Herausforderung einer alternativen, sozialistischen Ökonomie. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass eine neue Form der Vollbeschäftigung ohne grundlegende Veränderungen der makroökonomischen Instrumente und ohne Revision der gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse möglich ist. Weder die Marktmechanismen, noch eine marktkonforme Nachfragepolitik werden in der Lage sein, die erforderliche Anzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Nachfragepolitik kann eine wichtige, aber keine ausschlaggebende Rolle bei der Wiederherstellung von Vollbeschäftigung spielen, Das eigentliche Problem liegt nicht bei den fehlerhaften Rezepten der neoliberalen Angebotspolitik, sondern in einem menscheitsgeschichtlichen Bruch des gesellschaftlichen

Arbeitsregimes, der am ehesten mit solchen Brüchen wie dem Übergang von der Agrarwirtschaft zur Industrie verglichen werden kann.

Die neue Situation besteht also nicht darin, dass unseren Gesellschaften die Arbeit ausgeht, wie einige Theoretiker meinen. Wir erleben vielmehr eine Dominanzverschiebung, bei der die Abnahme der produzierenden Tätigkeiten von einem wachsenden Bedarf an Reproduktionsarbeit begleitet wird. Dass dieser wachsende Bedarf an Arbeiten für die öffentliche Daseinsvorsorge, für Bildung, Kultur und Wissenschaft immer weniger gedeckt wird und die Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens kaum noch gewährleistet werden kann, muss nicht besonders betont werden. Die Produktionsvitalität des modernen Kapitalismus steht in einem scharfen Widerspruch zu seiner Unfähigkeit, die Produktionsbedingungen selbst zu reproduzieren.

Die PDS hat diesen Widerspruch in ihrer programmatischen und politischen Praxis bereits vor mehr als zehn Jahren thematisiert und Vorschläge für einen Umbau des Beschäftigungssystems ausgearbeitet. Natürlich gehören dazu auch unterschiedliche Strategien zur Arbeitszeitverkürzung. Aber es geht uns nicht allein um eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit, sondern vor allem um die Entwicklung neuer Beschäftigungsfelder, die zur Behebung der gesellschaftlichen und ökologischen Reproduktionskrise unverzichtbar sind.

Solche Beschäftigungsfelder gehören selbstverständlicher in erster Linie zum staatlichen Aufgabenbereich, aber sie erschöpfen sich nicht in der Ausweitung staatlicher Beschäftigungsverhältnisse. Obwohl – das muss an dieser Stelle betont werden – der Abbau staatlicher Beschäftigung in Deutschland an die zwei Millionen Arbeitsplätze gekostet hat. Vor allem durch die Privatisierung und die Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen. Doch nicht alles, wofür der Staat Verantwortung trägt, muss der Staat auch selber tun. Das Konzept der PDS konzentriert sich viel mehr auf die Förderung der gesellschaftlichen Selbstorganisation und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, wie wir diesen Bereich nennen, soll ein neues Segment des Beschäftigungssystems werden und die Reproduktionsfähigkeit der sozialen, kulturellen und ökologischen Ressourcen verbessern, ohne automatisch den Staatssektor zu erweitern. Doch bevor ich mehr dazu ausführe, muss etwa zur Entwicklung der deutschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesagt werden, wie sie sich mit dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit in der Mitte der 70er Jahre entfaltete.

In Deutschland gibt es bereits seit Jahrzehnten einen so genannten Zweiten Arbeitsmarkt, dessen Nachfrageseite durch öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im so genannten

Dritten Sektor gebildet wird. Hier wurden in zeitlich befristeten Projekte soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben wahrgenommen, die eigentlich in den öffentlichen Aufgabenbereich gehören, von diesem aber nicht mehr finanziert werden können und deshalb aus Mitteln der Arbeitsverwaltung gespeist wurden.

Dieser Dritte Sektor war allerdings von Anfang an mit zahlreichen Problemen und diversen Lebenslügen behaftet. So wurde er zum Beispiel mit dem Mythos einer Brückenfunktion zum ersten Arbeitsmarkt geboren, Die befristete Beschäftigung in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sollte die Chancen zum Übergang in den ersten Arbeitsmarkt erhöhen. Doch diese Brücke führte ins Leere, weil die ausgeübten Tätigkeiten fast ausschließlich im öffentlichen Sektor angesiedelt waren, der durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung Pflichtaufgaben ausfüllte, für die es keine Haushaltsmittel gab. Sozialarbeiter, Pädagogen, Wissenschaftler aller Disziplinen und sogar Handwerker oder Ingenieure wurden mit Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge betraut, für die es weder reguläre Stellen noch Geld gab. Der zweite Mythos bestand denn auch darin zu behaupten, dass es sich hier um zusätzliche Aufgaben handelte, die ausschließlich der personellen Qualifizierung zu dienen hatten, obwohl es eigentlich um öffentliche Regelaufgaben ging. Als sich im Laufe der Jahre herausstellte, dass die Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch die Arbeitsverwaltung ein Fass ohne Boden war, wurden die Mittelvergabe immer stärker eingeschränkt, die Bezahlung verringert und der Bewilligungszeitraum verkürzt. Folglich nahm die Arbeitslosigkeit dieser Beschäftigtengruppe eben so zu, wie die Defizite der öffentlichen Daseinsvorsorge ausufernten. Doch es gab auch andere, vorhersehbare Probleme. Die Kurzatmigkeit der Förderung führte zu Vergeudung und Missbrauch, so dass die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in heftige Kritik gerieten und schließlich nach und nach abgebaut wurden. Vordergründig, weil sie beim Abbau der Massenarbeitslosigkeit scheiterten. Hauptsächlich aber aus Finanzierungsgründen.

Inzwischen gehört diese Phase der Beschäftigungspolitik längst der Vergangenheit an. Die gegenwärtigen Strategien zur Modernisierung des Arbeitsmarktes konzentrieren sich ausschließlich auf Maßnahmen der Angebotspolitik. Die Arbeit wird verbilligt und die Arbeitslosen werden unter Druck gesetzt, um so Voraussetzungen ihrer Beschäftigung in der Privatwirtschaft zu schaffen.

Ich muss hier nicht betonen, dass sich hinter dieser Strategie ein Programm zur allgemeinen Lohnsenkung verbirgt, das obendrein nicht aufgehen kann, weil die Beschäftigung nicht über den Preis der Arbeit, sondern über die Nachfrage auf den Gütermärkten reguliert wird. Die

gegenwärtige Strategie der Bundesregierung ist nicht nur sozial ungerecht, sie ist auch ökonomisch falsch.

Das einmal dahingestellt, werden wir heute gleichzeitig Zeugen einer geradezu perversen Rückbesinnung auf die wachsende Notwendigkeit, mehr Arbeit für gemeinnützige Zwecke aufzuwenden. Die Bundesregierung hat mit ihrem vierten Gesetz zur Modernisierung des Arbeitsmarktes die Einführung so genannter Ein-Euro-Jobs beschlossen. Arbeitslose können neben ihrer Grundsicherung und der Übernahme der Wohnkosten gezwungen werden, bis zu 30 Stunden in der Woche für einen Euro pro Stunde reguläre Arbeit auszuüben. Die Verpflichtung zu gemeinnützigen Arbeiten nimmt dabei einen ganz zentralen Stellenwert ein. Die Bundesregierung rechnet mit bis zu 600.000 Stellen in diesem Bereich und sowohl bei den Gebietskörperschaften, als auch bei den Wohlfahrtsverbänden entwickeln sich beachtliche Phantasien, wie dieses große und überaus billige Arbeitsangebot eingesetzt werden kann. Und das ist natürlich auch eine entscheidende Frage für die politischen Entscheidungsträger, die vor Ort mit diesen Bundesgesetzen umgehen müssen.

Wobei die alten Mythen der staatlichen Beschäftigungspolitik neu belebt werden und wiederum die Illusion einer Brücke zum ersten Arbeitsmarkt verbreitet wird, obwohl jeder weiß, dass es die Nachfrage nach regulär bezahlter Arbeit in diesem Bereich schon gar nicht gibt. Es ist auch wieder von zusätzlichen Aufgaben die Rede, von Aufgaben, die es eigentlich gar nicht gibt, und die angeblich neu erfunden werden, um Langzeitarbeitslose wieder an den regulären Arbeitsalltag zu gewöhnen – nicht dass es diesen Bedarf nicht gäbe. Die Arbeitslosenzahlen gerade bei unter 25-jährigen ohne Schul- oder Berufsabschluss unterstreichen diese Notwendigkeit. Tatsächlich sind es keine zusätzlichen Aufgaben, die hier zur Diskussion stehen, sondern unverzichtbare gemeinnützige Dienstleistungen für eine Gesellschaft, die um so mehr Dienstleistungen benötigt, je aufwendiger sich die gesellschaftliche Reproduktion gestaltet.

Es geht um Aufgaben im Bildungsbereich, soziale Dienstleistungen und sogar um Sicherheitsaufgaben im öffentlichen Personennahverkehr. Natürlich ist diese Strategie unsozial, ökonomisch kontraproduktiv und kann sogar zur Vernichtung regulärer Arbeitsplätze beitragen, aber bei dieser Kritik darf man nicht stehen bleiben.

Sozialistische Politik hat die Aufgabe jene Momente aufzufinden, die über die kapitalistischen Prinzipien hinausreichen und Ansatzpunkte für eine alternative Entwicklung bilden. Konkret heißt das für unsere aktuelle Politik, dass wir die gemeinnützige Zwangsarbeit der Ein-Euro-Jobs als objektive Tatsache für die Notwendigkeit eines grundlegenden Umbaus unseres Beschäftigungssystems betrachten müssen.

So widersinnig es auch erscheinen mag, aber die Mobilisierung eines großen Teils der Beschäftigungslosen für gemeinnützige Arbeit ist deshalb ein unbestreitbarer Fortschritt, weil den das Eingeständnis zugrunde liegt, dass zusätzliche Reproduktionsarbeit unverzichtbar ist. Und damit sind die tatsächlichen Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung benannt. Auch wenn dieser Fortschritt unter gegenwärtigen Konzepten rot/grüner Politik mit Verarmung, Lohndumping und auch Stellenabbau einhergeht, müssen wir diese Entwicklung als strategischen Einstiegspunkt für linke Alternativen nutzen.

Wir sind dabei heute in der spannenden Lage, dass unser Konzept des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) sich nicht in der Praxis bewähren muss, sondern die Praxis unserem Konzept recht gibt.

Worauf aber käme es wirklich an?

Als erstes käme es darauf an, einen zentralen gesellschaftlichen Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben zu schaffen, der laufende Mittel für die Ausweitung eines gemeinnützigen Sektors schafft. Ohne gesellschaftliche Mehrheiten für einen neuen Verteilungskompromiss wird das nicht zu schaffen sein. Weshalb der beabsichtigte Umbau des Arbeitssystems auch keine bloße Beschäftigungspolitik ist, sondern tief in den gesellschaftlichen Verteilungsmechanismus eingreifen muss. Zweitens sprechen wir nicht von ungefähr von einem öffentlichen Sektor und nicht nur von neuen Arbeitsmöglichkeiten. Wir brauchen ein neues Verständnis für öffentliche Aufgaben, die Entwicklung neuer Berufsfelder und schließlich eine neue Aufgabenteilung zwischen Marktregulierung, staatlicher Tätigkeit und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Denn schließlich geht es um nicht weniger, als die Bewältigung eines menscheitsgeschichtlichen Paradigmenwechsel in der Art und Weise, wie die heutige Menschheit ihre Reproduktionskrise bewältigt.